FÜR DIE 2. ÄNDERUNG

ERLÄUTERUNGEN

◇ Teilaufhebung der im nördlichen Bereich des Bebauungsplanes festgesetzten Fläche zur Anpflanzung von bodenständigen Bäumen und Sträuchern" und Erweiterung der überbaubaren Grundstücksfläche nach Osten.

ÄNDERUNGSVERFAHREN

Der Bau- und Planungsausschuss des Rates der Stadt Telgte hat am 29.10.2002 nach §§ 2 Abs. 1 - 5, 4 Abs. 1 und 8 Abs. 2 des Baugesetzbuches beschlossen, diese 2. Änderung aufzustellen. Dieser Beschluss ist am 17.01.2003 ortsüblich bekannt gemacht worden.
Telgte, den 20.01.2003

gez. Meshoes *
Vorsitzende des Bau- und Planungsausschusses

gez. Hübmann *
Schriftführer

Die Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung hat in der Zeit vom 27.01.2003 bis einschließlich 10.02.2003 gem. § 3 Abs. 1 des Baugesetzbuches stattgefunden.
Telgte, den 11.02.2003

gez. Roeing *
Bürgermeister

Der Bau- und Planungsausschuss des Rates der Stadt Telgte hat am 08.04.2003 nach § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches beschlossen, diese 2. Änderung - Entwurf mit Begründung - öffentlich auszulegen.
Telgte, den 08.04.2003

gez. Meshoes *
Vorsitzende des Bau- und Planungsausschusses

gez. Wiegert *
Schriftführer

Diese 2. Änderung - Entwurf mit Begründung - hat nach § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches in der Zeit vom 28.04.2003 bis einschließlich 28.05.2003 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen.
Telgte, den 29.05.2003

gez. Roeing *
Bürgermeister

Der Rat der Stadt Telgte hat am 10.02.2004 nach § 10 des Baugesetzbuches diese 2. Änderung als Satzung beschlossen.
Telgte, den 10.02.2004

gez. Roeing *
Bürgermeister

gez. Lehmann *
Schriftführer

Gemäß § 10 Abs. 3 des Baugesetzbuches ist der Beschluss der 2. Änderung am 20.02.2004 ortsüblich bekannt gemacht worden.
Mit dieser Bekanntmachung wurde ebenfalls auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3, Sätze 1 und 2 und Abs. 4, § 215 Abs. 1 des Baugesetzbuches sowie auf die Vorschriften des § 7 Abs. 6 GO NRW hingewiesen.
Die 2. Änderung hat am 20.02.2004 Rechtskraft erlangt.
Telgte, den 20.02.2004

gez. Roeing *
Bürgermeister

* Die Unterschriften wurden in den jeweiligen Protokollen geleistet.

RECHTSGRUNDLAGEN

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2141), in der zur Zeit geltenden Fassung.

ordnung über die baulliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), in der zuletzt geänderten Fassung.

Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV 90) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.12.1990 (BGBl. I 1991 S. 58).

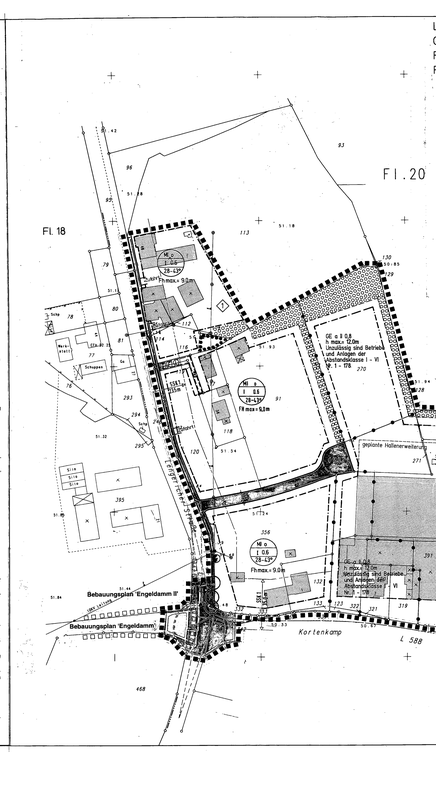
Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen Landesbauordnung (BauO NRW) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 01.03.2000 (GV NW S. 256), in der zuletzt geänderten Fassung.

Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung.

Wasergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz - LWG NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.06.1995 (GV NW S. 926), in der zuletzt geänderten Fassung.

Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) in der Fassung der Bekanntmachung der Neufassung des Wasserhaushaltsgesetzes vom 18.11.1996, in der zuletzt geänderten Fassung.

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.04.2002 (BGBl. I S. 1193).

Landschaftsgesetz NW (LG NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.07.2000 (GV NW S. 568).

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) vom 05.09.2001 (BGBl. I S. 2350), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 27.07.2001 (BGBl. I S. 1950).